



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser, zu Wochenbeginn hat Bundespräsident Joachim Gauck den Verzicht auf eine zweite Amtszeit bekannt gegeben. Der Schritt ist in seiner Begründung nachvollziehbar. Er zeugt vor allem von Verantwortungsbewusstsein. Dennoch bedaure ich seinen Rückzug, ist Gauck doch ein Staatsmann, der das Land zusammengeführt und dem Amt Würde verliehen hat. Erfreulicherweise zeigen die zahlreichen Präventionsmaßnahmen im Bereich der Tabak- und Al-

koholkonsums Wirkung. Rauchen ist zunehmend out, wie der jüngste Drogen- und Suchtbericht offenbart. Nur noch 7,8 Prozent der 12- bis 17-Jährigen greifen zum Glimmstängel. Das ist ein historischer Tiefstand. 2001 betrug der Anteil noch 27,5 Prozent. Auch bei den Erwachsenen ist der Trend rückläufig. Dennoch sterben jährlich ca. 110.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Der Alkoholkonsum ist um fast drei Liter pro Kopf gegenüber 1980 gesunken. Damals lag der Pro-Kopf-Verbrauch bei 12,9 Liter. Zwar trinken weniger Kin-

der und Jugendliche Alkohol. Dennoch werden pro Jahr mehr als 5.000 Kinder mit Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingewiesen. Vor allem die 18-24-Jährigen neigen zu exzessivem Alkoholgenuß.

Ein vergleichsweise neues Phänomen ist die Online-sucht. Darunter leiden etwa über einer halben Million Menschen hierzulande. Betroffen sind vor allem Jüngere.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre Ihr

Menschenrechte in Burundi einhalten

Am Donnerstag stimmte die Mehrheit des Deutschen Bundestages dem gemeinsamen Antrag „Achtung der Menschenrechte in Burundi einfordern – Friedensdialog fördern“ der Fraktionen CDU/CSU und SPD zu. Die Koalitionsfraktionen betrachten mit Sorge die Entwicklungen in Burundi in Ostafrika. Nachdem der Staatspräsident Pierre Nkurunzizi im April 2015 entgegen der Verfassung für eine dritte Amtszeit kandidieren wollte, entwickelte sich eine politische Krise, die große Auswirkung auf Wirt-

schaft, Sicherheit und Menschenrechte Burundis hatte. Unterdrückung von friedlichen Demonstrationen und Einschränkung von bürgerlichen und politischen Freiheiten. Hunderte von Menschen wurden bereits im Vorlauf der Krise getötet. Rund 260.000 Menschen sind in die Nachbarländer geflohen, insbesondere junge Frauen und Kinder. Die fortgeschrittenen guten gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre, wie die Herausbildung einer aktiven Zivilgesell-

schaft, eine beginnende Pressefreiheit und ein Ausgleich ethnischer Gegensätze sind stark gefährdet. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung auf, sich weiterhin gegenüber der Regierung von Burundi für die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Außerdem soll sich die Regierung für die Unterstützung der Zivilgesellschaft durch bevölkerungsnah und die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigende Projekte stark machen.

Scharfe Kritik an unethischen Organentnahmen in China



von links: Prof. Huige Li und Lebin Ding

Aus ethischen Gründen gilt in der Transplantationsmedizin der Grundsatz, dass Organ Spenden aus freiem Willen erfolgen müssen. Das ist in China nicht so. Ich habe in vielen Gesprächen Beweise eingefordert, mindestens Indizien, damit ein nachdrückliches Aufklärungser suchen an China gerichtet werden kann. Auf mein Bestreben hin legte der Experte Prof. Huige Li, Professor für Vaskuläre Pharmakologie an der Universität Mainz, seine Indizien für die illegale Organentnahme an Falun-Gong-Opfern in der Sitzung der AG Menschenrechte der CDU/CSU am 7. Juni 2016 dar.

Die illegale, unfreiwillige Organentnahme an Gefangenen und insbesondere Praktizierenden der Meditationsbewegung Falun Gong wird seit einigen Jahren sowohl in der Ärzteschaft als auch von EU-Abgeordneten und Bundestagsabgeordneten scharf kritisiert. Seit 2013 wird die Aufarbeitung des Missbrauchs bei Organtransplantationen in China inklusive der unverzüglichen Einstellung der Organentnahme an politischen Gefangenen und Angehörigen religiöser und ethnischer Minderheiten wie der Falun-Gong-Bewegung gefordert.

Zwar hat China reagiert. Der

Leiter des chinesischen Organ spende-Komitees, Huang Jiefu, kündigte Ende 2014 an, dass die für Transplantationen benötigten Organe ab dem 1. Januar 2015 nur noch von freiwilligen Spendern stammen dürfen. Aber mit der Umsetzung hapert es. Gerade die Menschen der Falun-Gong-Bewegung werden als Organspender ausgewählt und für den Zweck der Organentnahme auch getötet.

Li zeigte Indizien dafür auf, dass die Behauptung der chinesischen Regierung, dass mehr als 90 Prozent der Organe von hingerichteten Gefangenen stammen, nicht stimmen kann. Die Zahl der Transplantationen (Leber und Niere) im Jahre 2004 belief sich auf 12.000. Die Hinrichtungen werden auf 4.000 geschätzt. Auch wenn ein Mensch eine Leber und zwei Nieren hat, lässt sich die Zahl der Transplantationen nicht durch die Anzahl der Hinrichtungen erklären. Man müsse nämlich davon ausgehen, dass viele Gefangene krank und somit nicht transplantationsfähig seien.

Hinzu komme, dass Organe nicht gelagert werden können. Da Hinrichtungen in China nicht beliebig verschoben werden könnten, könnten diese auch nicht so lange hinausgezögert werden, bis sich ein Empfänger

gefunden habe. Vielmehr sei es wohl umgekehrt. Für die Empfänger werde ein zum Tode Verurteilter Spender gefunden.

Li führte weitere Indizien dafür an, dass es sich nicht nur um die Organe von Verstorbenen handeln kann, sondern dass die Planung für eine Transplantation mit Lebenden gemacht wird. Man kann z.B. bei bestimmten Stellen in China wegen einer Organtransplantation nachfragen. Gegen entsprechende Bezahlung bekommt man einen Termin. Man kann sogar Wünsche äußern, in welchem Lebensalter das Organ sein soll. Dies alles erhärtet den Vorwurf des illegalen, den Tod der Opfer in Kaufnehmenden Organraubs an vielen oft sehr gesunden Falun-Gong-Praktizierenden.

Ich befürworte daher ein gemeinsames Vorgehen des Menschenrechtsausschusses in dieser Sache. Notwendig ist es, die Indizien unzweifelhaft beweisbar zu machen und mit Zeugenaussagen zu festigen. Wir müssen das Thema in der Öffentlichkeit und mit der chinesischen Regierung weiter diskutieren. Ein wichtiger Schritt wäre die Umsetzung der im März 2014 angekündigten Integration der Organe von Gefangenen in das chinesische Organ spende- und Verteilungssystem (COTRS). Damit würden auch Gefangene wie andere Bürger als freiwillige Organspender behandelt. Das illegale Geschäft mit den Organen könnte sich bald erledigen. Auch werde ich einen Brief an den chinesischen Präsidenten Xi Jinping schreiben. Beitrag Deutsche Welle unter : <http://dw.com/p/1J4Ev>

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Leserbrief

Auf den Bericht zur Bundestagsresolution zum Völkermord an den Armeniern in meinem Newsletter und auf meiner Homepage hat mich folgender Leserbrief erreicht:

Deutschland hat - nach 101 Jahren sehr spät und zudem später als europäische Nachbarstaaten - den Begriff Völkermord für die osmanische Vertreibung der Armenier in einer Resolution anerkannt, inbegriffen der eigenen Mitschuld. Gerade Letzteres schmerzt unser politisches Selbstwertgefühl nicht sehr - neben Judenvernichtung und Weltkrieg wirkt das Wegschauen bei Völkervergehen nahezu harmlos. Wir sind relativ schuld-gewöhnt. Im großen Unterschied zur Türkei, deren politische Öffentlichkeit über diese Resolution schäumt und kocht. Deutschland wird als Verräter einer Bündnistreue bezeichnet, die

noch auf den 1. Weltkrieg zurückgeht - als wären die Gedanken deutscher Demokraten Jahrzehnte nach Weimar und Hitler, zwei totalen Niederlagen und einigen Systemwechseln den Militärapartnern des abgedankten Kaisers verpflichtet!

Offenbar wird, dass Deutschland seither einen weiten Weg gegangen ist, den die türkische Wahrnehmung komplett ausblendet. Dieser Weg des Schuldbewusstseins hat nicht nur wieder jüdische Gemeinden in diesem Land wachsen lassen, sondern auch zu Wohlstand und Frieden mit ehemaligen Todfeinden geführt. Das Fatale für die Türkei ist dabei, dass das Schuldeingeständnis der Deutschen zum Fundament der europäischen Integration gehört. Mit jeder Empörung darüber, dass Völ-

kermord auch so genannt werden darf, rückt die Türkei von Europa ab.

In Europa sind die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Fronten und Bündnisse längst aufgehoben, in der Türkei scheinen sie noch zu gelten. Wenn zur Konstitution der Türkei die Feindschaft zu den Alliierten des 2. Weltkrieges gehört, sollte sie die Beitrittsverhandlungen zur EU lieber gleich von sich aus einstellen und konsequenterweise die NATO verlassen. Alternativ dazu könnte die türkische Gesellschaft aber auch darüber nachdenken, ob alte Feindbilder und das Ausblenden von Verantwortung nicht den Weg in eine gute Zukunft verbauen. Dafür müssten die Denker des Landes aber auch angstfrei zu Wort kommen dürfen.

Ludwig Patzelt
15232 Frankfurt (Oder)

Roland Jahn wiedergewählt

Am Donnerstag (9.6.2016) wurde Roland Jahn für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren als Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen wiedergewählt. Damit wird er den Reformprozess der Stasiunterlagenbehörde lenken und begleiten. In der kommenden Legislaturperiode wird zusammen mit dem Bundesarchiv ein Konzept erarbeitet, um die Stasi-

Akten in das Bundesarchiv zu überführen.

Die Koalitionsfraktionen berufen sich in einem Antrag auf den Abschlussbericht der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde und befürworten, dass der gesamte Bestand des Stasi-Unterlagenarchivs dauerhaft erhalten und das Recht auf Akteneinsicht für Betroffene, Wissenschaft und Öff-

entlichkeit weiterhin zugänglich gemacht wird.

Die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normanntenstraße in Berlin-Lichtenberg soll zu einem „Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ weiterentwickelt werden.

Das ehemalige Stasi-Gefängnis in Hohen Schönhausen bleibt weiterhin eine eigenständig geführte Gedenkstätte.